



Antrag

der Abgeordneten **Katharina Schulze, Ludwig Hartmann, Eva Lettenbauer, Kerstin Celina, Johannes Becher, Gülseren Demirel, Thomas Gehring, Jürgen Mistol, Verena Osgyan, Tim Pargent, Stephanie Schuhknecht, Gisela Sengl, Florian Siekmann, Benjamin Adjei, Barbara Fuchs, Christina Haubrich, Elmar Hayn, Claudia Köhler, Andreas Krahl, Cemal Bozoğlu, Dr. Martin Runge, Toni Schuberl, Ursula Sowa, Dr. Sabine Weigand** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Zukunftsfähige Kinder- und Jugendhilfe I: Digitalpakt jetzt auf den Weg bringen

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, ein Konzept für ein Landesprogramm „Digitalpakt für die Kinder- und Jugendhilfe“ auf den Weg zu bringen und dieses entsprechend finanziell und personell zu unterlegen. Dieses muss folgende Punkte enthalten:

- Mit einer Ausstattungsoffensive sind eine angemessene digitale Infrastruktur, digitale Verwaltungsprozesse sowie hierfür geeignete Hard- und Software für die Träger der Kinder- und Jugendhilfe einzurichten.
- Mit einer Fortbildungsoffensive für Fachkräfte im Bereich der Medienpädagogik und Mediendidaktik sind die Akteurinnen und Akteure der Kinder- und Jugendhilfe für den Umgang mit digitalen Medien und für digitale Angebotsformen fit zu machen.
- Mit einem Förderprogramm sind die Praxisentwicklung, -erprobung und -reflektion von digitalen Strategien in der Kinder- und Jugendhilfe zu fördern.
- Alle Elemente des Digitalpakts für die Kinder- und Jugendhilfe – von der digitalen Infrastruktur, bis zur Software und den Fortbildungs- und Förderprogrammen – sind konsequent barrierefrei zu gestalten.

Darüber hinaus wird die Staatsregierung aufgefordert, in Abstimmung mit den Fachverbänden der Kinder- und Jugendhilfe sowie der Eingliederungshilfe eine Gesamtstrategie für die Digitalisierung der Kinder- und Jugendhilfe zu erarbeiten, um Zielvision, Leitlinien und Beratungsstellen zu bündeln, Fragen zur Rechtssicherheit und zum Datenschutz zu klären und dies dem Feld als Handreichung zur Verfügung zu stellen.

Begründung:

Seit Jahren fordert die Fachpraxis, die Digitalisierung in der Kinder- und Jugendhilfe anzupacken. Die Coronapandemie hat in diesem Bereich zusätzlich eklatante Schwächen offengelegt und Benachteiligungen verschärft. In einer Anhörung zur Kinder- und Jugendhilfe im Ausschuss Arbeit und Soziales, Jugend und Familie des Landtags am 25. November 2021 betonten die Sachverständigen einhellig, dass die Kinder- und Jugendhilfe in Bayern dringend einen Digitalpakt benötigt, um die digitale Transformation im Feld zu bewerkstelligen und nicht den Anschluss zu ihren Adressatinnen und Adressaten zu verlieren.

Vor diesem Hintergrund wird die Staatsregierung aufgefordert, zum einen mit einer Ausstattungsoffensive endlich für eine angemessene digitale Infrastruktur (z. B. WLAN-Anschluss in Jugendwohnheimen, Jugendzentren, Heilpädagogischen Tagesstätten etc.)

und Hardware (z. B. Endgeräte wie Laptops, Tablets) sowie Software (z. B. Textbearbeitungssoftware, Kommunikationssoftware) in der Kinder- und Jugendhilfe zu sorgen.

Zum anderen braucht es eine Fortbildungsoffensive, um Fachkräfte für den Umgang mit digitalen Medien und für digitale Angebotsformen fit zu machen. Darüber hinaus braucht es ein bayerisches Förderprogramm, um digitale Strategien und Angebotsformen in der Kinder- und Jugendhilfe zu erproben und zu reflektieren.

Alle Elemente des Digitalpakts sind konsequent barrierefrei aufzusetzen. Die Sicherstellung der Barrierefreiheit ist durch die Einbindung der Verbände der Menschen mit Behinderung zu leisten. Nur wenn die Kinder- und Jugendhilfe vollumfänglich barrierefrei stattfindet, bringt sie einen Mehrwert für die Gesellschaft und ermöglicht gleichberechtigte Teilhabe von Menschen mit Behinderungen. Gerade mit Blick auf das Ziel einer inklusiven Kinder- und Jugendhilfe durch die SGB VIII-Reform (SGB VIII = Aechtes Buch Sozialgesetzbuch) ist digitale Barrierefreiheit unerlässlich.

Damit ein solcher Digitalpakt auch nah an der gelebten Praxis ist, soll die Erstellung einer Gesamtstrategie durch die Staatsregierung koordiniert werden und dieser Prozess partizipativ unter Beteiligung der Fachverbände der Kinder- und Jugendhilfe und der Eingliederungshilfe entstehen. Hierbei sind neben der Zielvision sowie Beratungs- und Anlaufstellen für das Feld außerdem konkrete Aspekte wie Datenschutz, Rechtssicherheit für das Feld zu klären.